



Presseschau vom 18.01.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Gert Ewen Ungar: Abschiedsworte einer Putschistin – Swetlana Tichanowskaja auf dem CDU-Parteitag

Swetlana Tichanowskaja wurde als Führerin der weißrussischen Opposition eingeladen, ein Grußwort an die Delegierten des CDU-Parteitags zu richten. Vermutlich waren es auch ihre Abschiedsworte. Der Putsch in Weißrussland ist gescheitert. Tichanowskaja wird bedeutungslos. ...

<https://kurz.rt.com/2ed0>

snanews.de: Le Monde: EMA wurde bei Zulassung von Biontech/Pfizer-Impfstoff unter Druck gesetzt

Die Europäische Arzneimittel-Agentur EMA soll in dem Zulassungsverfahren für den Impfstoff der Pharmaunternehmen Biontech und Pfizer von ranghohen EU-Vertretern stark unter Druck gesetzt worden sein. Das berichtet „Le Monde“ unter Berufung auf geleakte EMA-Unterlagen. ...

<https://snanews.de/20210117/pfizerbiontech-impfstoff-druck-557877.html>

Natalia Dembinskaja: Druck auf Nord Stream 2: Das Trommelfeuer ist spät dran

Die Infrastruktur am Boden steht bereit, auch in der Ostsee sind die meisten Rohre längst verlegt. Zu 94 Prozent ist Nord Stream 2 fertig und das Ziel am Ende der Geraden deutlich sichtbar, selbst wenn manche es nicht wahrhaben wollen. Währenddessen stehen die

Spezialschiffe nicht still. ...

<https://snanews.de/20210118/nord-stream-bau-562071.html>

de.rt.com: **Sind FDJ-Symbole in Deutschland verboten? Innenministerium drückt sich um klare Antwort**

Am 10. Januar ging die Polizei in Berlin massiv gegen Demonstranten vor. Anlass war der alljährliche Gedenkmarsch für die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht 1919 durch Freikorps-Kommandos mit Billigung der SPD-Spitze. Einige Teilnehmer hätten "verbotene FDJ-Symbole" getragen, so die Polizei. Doch laut Einigungsvertrag von 1990 sind FDJ und deren Symbole legal. RT fragte auf der Bundespressekonferenz nach. ...

<https://kurz.rt.com/2eci>

Liudmila Kotlyarova: **Grundrechte für Geimpfte? Experte: Maas „wollte Schweigen um seine glücklose Existenz durchbrechen“**

„Geimpfte sollen Grundrechte ausüben dürfen“: Nach einem Vorstoß außerhalb seiner Kompetenz landet Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) unter Kreuzfeuer der Kritik. Außenwirtschaftsexperte Siegfried Fischer sieht da ein größeres Problem innerhalb der deutschen politischen Eliten. ...

<https://snanews.de/20210118/grundrechte-maas-570326.html>

abends/nachts:

de.rt.com: **Alexei Nawalny nach Rückkehr aus Berlin in Moskau festgenommen**

Alexei Nawalny ist am Sonntagabend nach einem fast fünfmonatigen Deutschland-Aufenthalt, der Behandlungs- und Rehabilitationszwecken dienen sollte, nach Russland zurückgekehrt. Der Politblogger ist mit dem Flug PBD936 aus Berlin am Moskauer Flughafen Scheremetjewo eingetroffen und wurde festgenommen.

...

Nach der Landung der Maschine bestieg Nawalny zusammen mit den anderen Fluggästen den Flughafenbus zum Terminal. Danach wurde der Oppositionelle an der Passkontrolle von der Polizei festgenommen.

Vor der Passkontrolle hielt er eine kurze Ansprache und erklärte, keine Angst zu haben.

Zur Festnahme des oppositionellen Bloggers gab der Föderale Strafvollzugsdienst Russlands (FSIN) die folgende Erklärung ab:

"Am 17. Januar 2020 wurde Alexei Nawalny, der seit dem 29. Dezember 2020 wegen wiederholter Verstöße gegen seine Bewährungsaufgaben auf der Fahndungsliste stand, am Flughafen Scheremetjewo von Beamten der Fahndungsabteilung der operativen Abteilung des Föderalen Strafvollzugsdienstes Russlands in Moskau festgenommen.

Das weitere Strafmaß für Alexei Anatoljewitsch Nawalny wird durch das Gericht bestimmt werden. Bis zur Entscheidung des Gerichts wird er in Haft bleiben.

Die Inhaftierung des Bürgers Nawalny erfolgte auf der Grundlage eines Erlasses des Leiters des Föderalen Strafvollzugsdienstes Russlands in Moskau vom 29. Dezember 2020, wonach der Verurteilte wegen systematischer Verstöße gegen die Bewährungsaufgaben auf die Fahndungsliste gesetzt wurde, mit der Anweisung, Maßnahmen zu seiner Festnahme zu ergreifen, sobald sein Aufenthaltsort ausfindig gemacht wurde.

Zuvor wurde der Anwalt des Verurteilten mit der Entscheidung über die Fahndungsliste von A.A. Nawalny sowie mit der von der Strafvollzugsinspektion des Föderalen

Strafvollzugsdienstes der Russischen Föderation für Moskau an das Moskauer Simonowski-Bezirksgericht gesandten Eingabe zur Aufhebung der Bewährung und Vollstreckung der durch das Urteil verhängten Strafe vertraut gemacht."

Zu den Strafsachen, in denen gegen den Blogger ermittelt wird, gehört neuerdings Betrug in besonderer Höhe: Nawalny soll Spenden von Unterstützern zu persönlicher Bereicherung veruntreut haben.

Die Strafsache, in der er gegen Bewährungsaufgaben verstieß, war allerdings die Mittäterschaft an der Veruntreuung von über 500.000 US-Dollar zum Nachteil des internationalen Kosmetikunternehmens Yves Rocher zusammen mit seinem Bruder Oleg. Gegen die Auflagen der mehrfach verlängerten Bewährung verstieß Nawalny, indem er nach seiner Entlassung aus dem Berliner Klinikum der Charité am 20. September beziehungsweise spätestens nach seiner Genesung am 12. Oktober 2020 sich nicht rechtzeitig am für ihn verantwortlichen Standort der russischen Polizei meldete. Auf diese Tatsachen wurde die russische Strafvollzugsbehörde FSIN nach eigener Presseerklärung dank einer Veröffentlichung im medizinischen Wissenschaftsmagazin The Lancet vom 22. Dezember 2020 aufmerksam.

Die Maschine wie geplant am Moskauer Flughafen Wnukowo zu landen, war allem Anschein nach aus technischen Gründen nicht möglich. Mehr als eine Stunde vor der geplanten Ankunft wurde der Flughafen für alle anfliegenden Maschinen gesperrt: Ein Schneeräumgerät soll von der Rollbahn mitten auf der sogenannten großen Rollbahnkreuzung abgekommen sein und so den Flughafen effektiv blockiert haben, darum wurde der Budget-Flug PBD936, mit dem Nawalny unterwegs war, nach Scheremetjewo umgeleitet. Dies schreibt das russische Nachrichtenportal RBK mit Verweis auf den Pressedienst des Flughafens.

Vielleicht war das aber auch besser so: Im Vorfeld der geplanten Landung der Maschine am Flughafen in Wnukowo fanden sich nach unterschiedlichen Angaben etwa 300 Unterstützer des Oppositionellen im dortigen Flughafengebäude ein. Es gab mehrere Festnahmen.

Vor Beginn der Festnahmen wurden alle Gäste des Flughafens, die nicht im Besitz gültiger Flugtickets waren, mehrfach zum Verlassen des Gebäudes aufgefordert.

Uniformierte drängten Menschen, die den 44-jährigen Oppositionspolitiker empfangen wollten, aus dem Gebäude, wo sich ebenfalls eine Menge zur Kundgebung versammelt hatte; auch hier gab es mehrere Festnahmen.

Eine solche Reaktion war allerdings wegen des besonderen Sicherheitsregimes, das in Gebäuden von Flughäfen und auf dessen Gebiet grundsätzlich gilt, naturgemäß zu erwarten. Kundgebungen und andere Massenaktionen sind an solchen Orten in zahlreichen Ländern der Welt, so auch in Russland, grundsätzlich nicht gestattet. Die Staatsanwaltschaft der russischen Hauptstadt warnte darum bereits im Vorfeld vor möglichen illegalen Aktionen am Airport, nachdem der Oppositionelle seine Heimkehr angekündigt und auf Twitter "Empfangt mich" geschrieben hatte. Auch mehrere Anhänger des Bloggers hatten dazu aufgerufen, Nawalny am 17. Januar am Flughafen massenhaft zu empfangen.

Die Abreise Nawalnys aus Deutschland verlief weitgehend unspektakulär:

Am Berliner Flughafen BER warteten zwar mehrere Journalisten auf ihn, er wurde jedoch durch einen separaten Eingang in den Flughafen geführt und ebenfalls separat von anderen Passagieren durch die deutsche Polizei zum Flug abgefertigt, sodass Journalisten erst an Bord des Fliegers der russischen Budget-Fluggesellschaft Pobeda Airlines mit dem Oppositionellen sprechen konnten.

Laut Journalisten, die mit an Bord waren, kam es vor dem Besteigen des Flugzeugs zu einer Verzögerung, weil ein Passagier an Bord randaliert und Flugbegleiterinnen beschimpft haben soll. Dieser wurde aus der Maschine abgeführt.

Der Politblogger war am 20. August auf einem Inlandflug in Russland zusammengebrochen und ins Koma gefallen. Zunächst wurde er in einem Krankenhaus in Omsk behandelt. Die Ärzte stellten bei ihm eine Stoffwechselstörung fest und konnten keine Giftsubstanzen in seinem Körper nachweisen. Anschließend wurde Nawalny auf Drängen seiner Familie und Anhänger in die Berliner Universitätsklinik Charité verlegt. Ein Speziallabor der Bundeswehr stellte anschließend bei einer toxikologischen Untersuchung von Nawalnys Proben einen

Nervenkampfstoff der Nowitschok-Gruppe fest. Dieses Ergebnis wurde von zwei weiteren Speziallaboren in Frankreich und Schweden angeblich bestätigt. Allerdings liegen von allen drei Laboren keine veröffentlichten Ergebnisse vor, die es ermöglichen würden, die Befunde zu verifizieren.

Der 44-Jährige beschuldigt den russischen Präsidenten Wladimir Putin persönlich, seine Vergiftung angeordnet zu haben. Die russische Regierung weist die Vorwürfe zurück. Die russischen Behörden verlangen von Deutschland alle medizinischen Protokolle zum Fall Nawalny, die jedoch bislang unter Verschluss sind und damit Russland nicht zur Verfügung stehen. ...



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.01/article/6004889a48fbef07cd3a27de.jpg>

snanews.de: **Kurz vor Bidens Amtseinführung: Washington trifft verschärfte Sicherheitsmaßnahmen**

Anfang der Woche hat das FBI vor eventuell bewaffneten Protesten gewarnt. Die Behörde kündigte verschärfte Sicherheitsmaßnahmen an, die eine Eskalation wie den gewaltsamen Kapitol-Sturm am 6. Januar verhindern sollen.

Trump wird beschuldigt, die Unruhen angestiftet zu haben. Obwohl die Vereidigung Bidens bereits am 20. Januar stattfindet, forderten mehrere US-Politiker Trumps Amtsenthebung in den verbliebenen Tagen. Das US-Repräsentantenhaus stimmte am Mittwoch für die Eröffnung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen Trump. Über eine tatsächliche Amtsenthebung muss nun der Senat entscheiden.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/01/11/558165_0:316:3072:2044_1440x0_80_0_0_2801b2d5996afc5ce958afacea1fdb3e.jpg

vormittags:

de.rt.com: **Russischer Politiker: Westliche Staaten grenzen russischen Impfstoff aus, um Profite zu sichern**

Wochenlang schürten viele westlichen Medien Zweifel, ob die russischen und chinesischen Impfstoffe qualitativ mit den westlichen Impfstoffen vergleichbar wären. EU-Staaten, die selbst Impfstoffe aus Russland oder China kaufen wollen, stoßen in Brüssel auf Widerstand. Wjatscheslaw Wolodin, der Vorsitzende der Russischen Staatsduma, hat gegenüber dem Nachrichtensender Rossija-24 am Donnerstag erklärt, dass der Zugang zu lebensrettenden Impfstoffen zunehmend durch politische Motive erschwert werde:

"Wir haben beobachtet, was in der Europäischen Union passiert, wo die USA ihre Produkte durchsetzen, aber gleichzeitig die Länder zur Zahlung zwingen und so versuchen, dieses Monopol aufrechtzuerhalten, um daran zu verdienen."

Diese Dynamik, argumentierte Wolodin, habe die Herangehensweise der EU-Staaten an die vom Moskauer Gamaleja-Institut entwickelte Sputnik-V-Formel diktiert. "Diejenigen (in Westeuropa), die versuchen, Impfstoffe auf eigene Faust aus Russland oder China zu beschaffen, stoßen sofort auf paneuropäische internationale Gremien, die anfangen, sich ihnen bei der Rettung von Leben in ihren eigenen Ländern in den Weg zu stellen", fügte der Parlamentarier hinzu.

Er forderte einen offeneren Markt für Impfstoffe gegen das Coronavirus, unabhängig von deren jeweiligem Herkunftsland, und verwies darauf, dass "es keinen Grund gibt, hier Barrieren zu schaffen... Schauen Sie sich an, was Freiheit nach ihren Maßstäben ist und wie sie in einer Situation, in der es um Leben und Tod geht, vorgehen."

Bereits im abgelaufenen Jahr zog Ungarn den Zorn von Bürokraten der Europäischen Union (EU) auf sich, als das Land ankündigte zu prüfen, ob es den russischen Corona-Impfstoff Sputnik V bestellen solle. Die EU-Behörden bestehen darauf, dass jeder Impfstoff, der von EU-Mitgliedsländern verwendet wird, zuerst von der zentralen Regulierungsbehörde der EU genehmigt werden müsse. "Es steht außer Frage, dass jeder Impfstoff, der auf dem Territorium der EU zur Verfügung gestellt wird oder werden könnte, sowohl den Qualitätsstandards entsprechen muss, die für diese Art von Produkten erwartet werden... als auch den Genehmigungsverfahren folgen muss", erklärte dazu ein Sprecher der Europäischen

Kommission.

Allerdings scheinen diese Einschränkungen nunmehr in beide Richtungen zu wirken. Anfang dieser Woche kündigte die russische Gesundheitsbehörde Rosdrawnadsor ein Verbot für den Impfstoff "Covid-19" des US-Pharmariesen Pfizer an. Die Nachricht kam nach Berichten, dass eine private Klinik in Moskau, die sich in ausländischem Besitz befindet, dieses Vakzin zahlenden Kunden verabreicht hatte. Während Russland die Massenimpfungen mit Sputnik V begonnen hat und mindestens zwei weitere einheimische Impfstoffe gegen Coronaviren erprobt, sind noch keine im Ausland hergestellten Impfstoffe in Russland zugelassen worden. Diese Situation ist wahrscheinlich zurückzuführen auf das begrenzte Interesse internationaler Pharmakonzernen, ihre Impfstoffe in Russland überhaupt zuzulassen – angesichts der Tatsache, dass sie bereits unter Druck stehen, Aufträge aus anderen Ländern zu erfüllen. Da Russland bereits Sputnik V einsetzt, ist es unwahrscheinlich, dass es von diesen Pharmakonzernen als ein interessanter Absatzmarkt betrachtet wird. Die russische Regierung ihrerseits hat wenig Interesse an Importen gezeigt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.01/article/6001c1f448fbef7cf05c6b34.jpg>

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 17. Januar 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de: **Vor Bidens Angelobung: FBI prüft Mitglieder der Nationalgarde**

Laut der Nachrichtenagentur AP überprüft das FBI derzeit die Mitglieder der Nationalgarde, um sicherzustellen, dass diese keine Gefahr während der Inauguration des neu gewählten US-Staatschefs Joe Biden darstellen werden.

US-Sicherheitsbeamten bereitet laut ihren Aussagen Sorgen, dass es zu einer Insider-Attacke kommen oder von Angehörigen der Streitkräfte, die sich an den Sicherheitsmaßnahmen bei der Inauguration von Biden beteiligen sollen, eine Bedrohung ausgehen könnte.

AP meldet, dass der Leiter des Heeresamtes, Ryan McCarthy, zuvor die Chefs der Abteilungen, die während der Angelobung im Dienst sein werden, beauftragt hätte, zusätzliche Überprüfungen des Personals zu unternehmen.

„Wir durchlaufen ständig den Prozess und kontrollieren die Menschen, die bei der Operation im Einsatz sind, doppelt und dreifach“, so McCarthy.

Derzeit seien keine Bedrohungen seitens der Mitglieder der Nationalgarde festgestellt worden. Trotzdem habe das FBI beschlossen, zusätzliche Überprüfungen zu organisieren. Der Prozess habe vergangene Woche begonnen. Ein Ex-Beamter des Dienstes erläuterte gegenüber AP, dass in solchen Fällen das FBI die Namen der Mitglieder mittels Datenbanken kontrolliere,

um beispielweise eventuelle Verbindungen zu extremistischen oder terroristischen Gruppen aufzudecken.

Die Agentur betont, dass entsprechende Maßnahmen vor dem Hintergrund der Ausschreitungen getroffen worden seien, zu denen es in Washington am 6. Januar gekommen war.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass bis zu 25.000 Nationalgardisten aus dem ganzen Land bei der Amtseinführung des neuen US-Präsidenten Joe Biden für Sicherheit sorgen würden. Neben der großen Zahl von Nationalgardisten bereitet sich die Stadt mit weiteren Maßnahmen auf die Amtseinführung von Biden vor – es sind Zäune, Betonsperren und leere Straßen zu beobachten. Das Weiße Haus und das Kapitol sind eingezäunt und mit Betonsperren versehen. Laut Reportern vor Ort sind zahlreiche Büros und Geschäfte sowie einige Metrostationen geschlossen. Auch viel Militärtechnik ist zu beobachten.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/01/07/425572_0:275:3077:2006_1440x0_80_0_0_49377d9c01ae8046341ac50e9236d474.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 17. Januar 3:00 Uhr bis 18. Januar 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 5.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen: Richtung Mariupol: automatische Granatwerfer – viermal (12 Granaten); Schusswaffen – einmal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften: **Leninskoje, Nowaja Tawrija, Sachanka.**

Um 20:57 Uhr wurde im Gebiet von Peski eine Detonation festgestellt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 12.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden sechs Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snnews.de: Lawrow erklärt Ziel der Aussagen des Westens über Nawalnys Festnahme

Die Aussagen des Westens über die Festnahme des russischen Bloggers Alexej Nawalny zielen dem Chefdiplomaten zufolge darauf ab, von der Krise abzulenken, in der sich das liberale Entwicklungsmodell befindet.

Im Rahmen der Großen Pressekonferenz, die diesmal online stattfindet, äußerte sich Russlands Außenminister zur aktuellen Situation um den Kreml-Kritiker Alexej Nawalny, der am Sonntag aus Deutschland nach Moskau zurückkehrte.

Die Reaktion der westlichen Länder auf Nawalnys Rückkehr nach Russland zielt laut Lawrow darauf ab, von Krisenerscheinungen im Westen abzulenken.

In Bezug auf die gestrige Nachricht über Nawalnys Rückkehr nach Russland spüre man „(...) mit welcher Freude Kommentare auftauchen, wie Kopien voneinander“.

„Mit Freude, weil es allem Anschein nach westlichen Politikern ermöglicht, zu denken, dass sie damit von der tiefsten Krise ablenken können, in der sich das liberale Entwicklungsmodell befindet.“

Der russische Außenminister betonte, man sollte nicht „nach externen Gründen für die Rechtfertigung eigener Handlungen suchen, oder, umgekehrt, um von den eigenen Problemen und Krisen abzulenken. Umgekehrt sollte man aber fair spielen und in einer fairen gleichberechtigten internationalen Zusammenarbeit nach Möglichkeiten für die Lösung der eigenen internen Probleme suchen“.

„Derzeit ist niemand dazu fähig, die eigenen Probleme alleine zu bewältigen, ohne internationale vielseitige Formate einzubeziehen.“

Der auf der Fahndungsliste stehende Nawalny war am Sonntag aus Deutschland nach Russland gereist. Nach Angaben des Föderalen Dienstes für die Umsetzung von Strafen wurde er am Flughafen festgenommen. Die weitere Strafe für Nawalny soll das Gericht bestimmen. Bis die Entscheidung feststeht, soll sich der Blogger in Gewahrsam befinden. Das US-Außenministerium, der Präsident des EU-Rates, Charles Michel, sowie andere Politiker, unter anderem der deutsche Außenminister, Heiko Maas, forderten Nawalnys Freilassung.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa legte den ausländischen Politikern, die sich zur Situation um Nawalny äußern, nahe, das internationale Recht zu respektieren und sich mit ihren eigenen Problemen zu befassen. ...



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/01/45798_0:0:2990:1683_1440x0_80_0_0_ccd129504d8d50fd11a0da9f8e76b8d3.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 18. Januar um 9:00 Uhr 2391 Fälle von Coronavirusinfektion registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 1931 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 205 Todesfälle.

snanews.de: **Maas fordert sofortige Freilassung des Bloggers Nawalny**

Bundesaußenminister Heiko Maas hat die sofortige Freilassung des am Sonntag in Russland festgenommenen kremlkritischen Bloggers Alexej Nawalny gefordert.

Nawalny wurde gleich nach seiner Rückkehr aus Deutschland am Moskauer Flughafen Scheremetjewo festgenommen.

„Alexej Nawalny ist nach seiner Genesung aus eigenen Stücken und bewusst zurückgekehrt nach Russland, weil er dort seine persönliche und politische Heimat sieht. Dass er von den russischen Behörden sofort nach Ankunft verhaftet wurde, ist völlig unverständlich“, zitiert die Deutsche Presse-Agentur Maas am Montag.

Russland sei durch seine eigene Verfassung und durch internationale Verpflichtungen an das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und an den Schutz der Bürgerrechte gebunden, sagte Maas.

„Diese Prinzipien müssen selbstverständlich auch gegenüber Alexei Nawalny zur Anwendung kommen. Er sollte unverzüglich freigelassen werden“, sagte er weiter.

Berlin erwarte weiterhin, dass Russland alles tue, um den angeblichen Anschlag mit dem als Chemiewaffe verbotenen Nervengift Nowitschok auf Nawalny „vollumfänglich aufzuklären und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen“.

Nawalny ist in Russland in zwei Fällen wegen Unterschlagung von insgesamt rund 500.000 Euro zu jeweils fünf Jahren Haft auf Bewährung verurteilt worden. Im Dezember wurde er zur Fahndung ausgeschrieben, weil er laut der russischen Strafvollzugsbehörde während seines Aufenthalts in Deutschland gegen Bewährungsauflagen mehrfach verstoßen hat. Dabei beruft sich die Behörde auf den Beitrag in der Fachzeitschrift „The Lancet“ vom 22.

Dezember, laut dem Nawalny seit dem 12. Oktober als gesund galt.

Bis zur Entscheidung des Gerichts bleibt er nun in Untersuchungshaft. ...



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/01/12/561113_0:0:1083:609_1440x0_80_0_0_bda58c191e5640294aec8b68ef7cc4d4.jpg

мздр.рус: Am 17. Januar wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, weil das Labor gewartet und desinfiziert wurde.

Am 18. Januar um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 17.905 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

6197 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 10.124 als gesund entlassen, es gibt 1584 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 53 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 26 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 32 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1848 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 683 mit Sauerstoffunterstützung (+17 in den letzten 24 Stunden).

snaneews.de: **Situation um Nawalny: Lawrow kritisiert Deutschlands Verhalten**

Deutschland benimmt sich laut Aussagen des russischen Außenministers Sergej Lawrow gegenüber Russland in der Situation um den russischen Blogger Alexej Nawalny rüpelhaft. In einem solchen Ton dürfe man nicht mit Moskau reden, sagte er.

„Wenn ihr die Wahrheit erfahren wollt, seid höfliche und gesetzestreue Menschen, erfüllt eure Verpflichtungen, greift zu keinen Methoden der diplomatischen Rüpelei, indem ihr erklärt, dass wir euch nichts geben würden und nach der Definition Vergifter seien. Wir werden so nicht reden“, sagte Lawrow.

„Eben das ist eine außenpolitische Dimension, für die das Außenministerium in dieser ganzen Geschichte zuständig ist. Und so dürfen sich unsere Partner nicht benehmen“, so Lawrow mit Hinblick auf die Position Deutschlands zur Situation um Nawalny.

Unter anderem sagte Lawrow, dass Russland Deutschland dazu auffordere, seinen Verpflichtungen nachzukommen und Nawalyns Probenergebnisse zu übergeben, in denen angeblich ein chemischer Kampfstoff entdeckt worden sein soll:

„Aus der Sicht des Außenamts haben wir nur eine Frage: Damen und Herren aus Deutschland, Frankreich und Schweden, erfüllt eure internationalen Verpflichtungen, stellt die Ergebnisse jener Analysen zur Verfügung, die laut eurer Behauptung einen unbekanntem, nicht auf den Listen der OPCW stehenden Kampfstoff enthalten.“

Ferner äußerte Lawrow, dass Deutschland kein biologisches Material und keine Kleidung von Alexej Nawalny an Russland übergeben hätte.

„(...) Falls Ihnen jemand erzählt hat, dass sie uns Kleidung, Flaschen, oder sein biologisches Material gegeben haben, dann wurden Sie belogen.“

„(...) Wir verfügen weder über Analyseergebnisse, noch über eine toxikologische Schlussfolgerung.“

Die Grundlagen für die Einleitung eines Strafverfahrens zum Fall Nawalny in Russland kann es erst nach dem Erhalt der Probenergebnisse durch Moskau geben, so Lawrow. „Ich kann nicht glauben, dass unsere westlichen Kollegen so arrogant sind, dass sie es für möglich halten, Erläuterungen von Russland zu fordern, ohne uns dabei Beweise vorzulegen (...).“

Deutsche Antwort auf russische Anfragen im Fall Nawalny

„In Bezug auf die Anfragen, die die Generalstaatsanwaltschaft stellt: Es ist ihr Vorrecht. Ich denke, dass man natürlich eine zusätzliche Anfrage schicken soll, damit die deutschen Kollegen nicht das Gefühl haben, als ob sie ihre Funktionen bereits erfüllt hätten. Das war ein formales Antwortschreiben, das der Behörde nicht würdig ist, die für die juristischen Aspekte von Sicherheitsfällen zuständig ist.“

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hatte zuvor die Antwort Deutschlands auf die Rechtshilfeersuchen der russischen Generalstaatsanwaltschaft im Fall des vergifteten Kreml-Kritikers Alexej Nawalny als „inhaltsleer“ bezeichnet.

Fall Nawalny

Nawalny war am 20. August auf einem Flug von Tomsk nach Moskau zusammengebrochen. Er wurde zunächst in einem Omsker Krankenhaus behandelt und dort in ein künstliches Koma versetzt. Der 44-Jährige wurde später auf Drängen seiner Familie in die Berliner Universitätsklinik Charité verlegt. Anfang September wurde Nawalny aus dem Koma geholt und bereits am 23. September aus der Charité entlassen. Die Bundesregierung sprach bereits am 2. September von einer angeblichen Vergiftung Nawalyns mit einem Nervenkampfstoff der Nowitschok-Gruppe. Moskau weist die Beschuldigungen von sich und verlangt von Berlin Beweise.

nachmittags:

snanews.de: **Russland weist zwei Mitarbeiter der niederländischen Botschaft aus**
Das russische Außenministerium hat zwei Mitarbeiter der niederländischen Botschaft in

Moskau ausgewiesen.

Das russische Außenministerium hat den interimistischen Geschäftsträger des Königreichs der Niederlande in Russland, Joost Reintjes, einbestellt. Ihm wurde nach Angaben des Ministeriums wegen der Ausweisung russischer Diplomaten im Dezember 2020 ein entschiedener Protest ausgesprochen.

„Dieser unfreundliche und provokative Schritt sowie die neue Runde antirussischer Hysterie, die von Den Haag mit Hilfe regierungsnaher Medien organisiert wurde, zeigten den Mangel an gesundem Menschenverstand und dem Verständnis für echte Probleme im Rahmen der russisch-niederländischen Beziehungen in den niederländischen Regierungskreisen sowie die Tendenz zu einer weiteren bewussten Untergrabung der Grundlagen dieser Beziehungen“, heißt es in einer Mitteilung des Außenministeriums.

Die ausgewiesenen Mitarbeiter der niederländischen Botschaft müssen Russland innerhalb von zwei Wochen verlassen, heißt es.

Anfang Dezember hatten die niederländischen Behörden zwei russische Diplomaten der Spionage beschuldigt und sie zu „personae non gratae“ erklärt. Der niederländische Allgemeine Nachrichten- und Sicherheitsdienst (AIVD) behauptete, dass die Diplomaten Offiziere des Dienstes der Außenaufklärung Russlands (SWR) seien und in der russischen Botschaft in Den Haag verdeckt gearbeitet hätten. Beweise für jegliche illegale Aktivitäten der russischen Diplomaten haben die Niederlande nach Angaben der russischen Botschaft jedoch nicht vorgelegt.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/01/46355_0:0:2955:1663_1440x0_80_0_0_8103f625cf9e849eefd53485a60f2f28.jpg

snaneews.de: **Lawrow warnt wegen Trumps Twitter-Sperrung vor Zensur in USA**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat im Hinblick auf die Twitter-Sperrung des scheidenden US-Präsidenten Donald Trump von augenscheinlicher Zensur gesprochen. Seiner Ansicht nach ist das verfassungswidrig und könnte die Vereinigten Staaten von Amerika ernsthaft beschädigen – mit Auswirkungen für die ganze Welt.

Es bleibe zu hoffen, dass die amerikanische Gesellschaft im Kampf der Eliten nicht zulassen werde, dass sich Letztere mit „dieser offensichtlichen Zensur und größter Verletzung der Verfassung sowie der internationalen Verpflichtungen bekämpfen“, sagte der russische Außenamtschef in einer Pressekonferenz am Montag.

„Allerdings ist das ein Problem der amerikanischen Gesellschaft“, so Lawrow weiter. „Sollte sie damit nicht fertig werden (...) müssen wir alle auf die Folgen eines solchen Versagens des amerikanischen Staates gefasst sein – und auf internationaler Ebene werden das ernsthafte Folgen sein. Ich glaube, das begreifen alle“, erklärte Lawrow.

Twitter hatte Anfang dieses Jahres Trumps Konto dauerhaft gesperrt. Hintergrund ist die gewaltsame Erstürmung des Kapitols in Washington durch radikale Trump-Anhänger am 6. Januar. Dem scheidenden US-Präsidenten wird vorgeworfen, für den Gewaltexzess verantwortlich zu sein, weil er seine Anhänger kurz vor dem Vorfall mit seinen Wahlbetrugsvorwürfen angestachelt und zum Marsch auf das Kapitol aufgerufen habe. Twitter nannte als Grund für die dauerhafte Sperre des Accounts „das Risiko einer weiteren Anstiftung zu Gewalt“.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/01/08/441213_0:320:3072:2048_1440x0_80_0_0_9e8bf4b43726363b030ea67e4d9f2091.jpg

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 18. Januar 2021

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **sechsmal den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt** und **fünf Feuerprovokationen** begangen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Brigade der BFU von den Positionen eines Marineinfanteriebataillons im Gebiet von Lebendinskoje zweimal **Nowaja Tawrija** mit Unterlaufgranatwerfern beschossen, mit Schusswaffen haben sie das Feuer auf **Leninskoje** eröffnet. Außerdem haben die Strastruppen von den Positionen des 501. Bataillons im Gebiet von Schirokino aus zweimal **Sachanka** mit automatischen Granatwerfern beschossen und sechs Granaten abgefeuert.

Außerdem haben unsere Beobachter eine Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen durch Kämpfer der 56. Brigade der BFU festgestellt, nämlich die **Durchführung technischer Arbeiten** im Gebiet von Peski.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus **Leninskoje** mit Schusswaffen beschossen.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen **zwei Schützenpanzer** aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade auf der Krasnoarmejskaja-Straße **in Lebendinskoje stationiert** sind.

Wir erhalten weiter Beschwerden über **Versuche der Anwerbung örtlicher Einwohner und Verwandter von Soldaten der Volksmiliz durch Mitarbeiter des SBU**.

Die Mehrzahl erfolgt nach den Worten der Einwohner beim Übergang über den Passierpunkt

„Jelenowka“, wo Mitarbeiter des SBU nach dem Passieren des KPP die Bürger unter dem Vorwand der Kontrolle von Dokumenten anhalten und sie unter Druck zwingen, Daten über wichtige Objekte auf den Territorien der Republik zu übergeben. Im Fall einer Weigerung kündigen sie an, „ernsthafte Probleme“ für ihre Verwandten, die auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium leben, zu schaffen.

In den Verbänden und Truppenteilen der BFU in der OOS-Zone sind **weitere Fälle der Desertion von Soldaten** festzustellen. So wurde bei einer Kontrolle der Anwesenheit des Personals und der Organisation des militärischen Dienstes durch Offiziere des übergeordneten Stabs im 3. mechanisierten Bataillon der 28. Brigade das Fehlen der zwei Soldaten Batorij und Kamardin festgestellt.

Bei einer vorläufigen Ermittlung wurde festgestellt, dass diese Soldaten den Stationierungsort des Truppenteils verlassen haben, weil sie den Druck von Seiten des Bataillonskommandos und die ständigen Geldeinzüge für den Bedarf der Einheit nicht ertragen haben. Das Fehlen dieser Soldaten hatte das Bataillonskommando versucht zu verheimlichen und hat sie als Heimaturlauber verbucht.

Das niedrige Niveau der rückwärtigen Versorgung bleibt ein Hauptprobleme in der OOS-Zone.

Nach Angaben unserer Quellen äußerten Soldaten des 1. Bataillons Unzufriedenheit mit der Arbeit der rückwärtigen Dienste der 72. mechanisierten Brigade, wohin in der letzten Woche abgelaufene Lebensmittel geliefert worden waren, die nicht für den Verzehr geeignet sind. Um Unzufriedenheit unter den Soldaten zu verhindern, hat der Brigadekommandeur Bogomolow die Anweisung erteilt, „Erziehungsarbeit“ mit dem Personal des Bataillons zu betreiben. Ergebnis dieser Arbeit war, dass sich ein Soldat mit einer Beschwerde über Drohungen und physische Gewalt von Seiten des Bataillonskommandeurs Major Skaternoj an die Staatsanwaltschaft gewandt hat.

Die Maßnahmen, die das Kommando der ukrainischen Streitkräfte unternommen hat, um die Verbreitung und den Konsum von Drogen zu verhindern, erbringen nicht das gewünschte Ergebnis und führen zu weiteren Fällen von Verletzungen unter den Kämpfern.

So wurden gestern bei einer Kontrolle des Feldartillerielagers in Mangusch durch Offiziere der Leitung der 36. Brigade Schäden an der Absperrung auf einer Länge von 15 Metern festgestellt. Danach wurde die diensthabende Einheit in Alarm versetzt, um die Schuldigen zu finden und den beschädigten Abschnitt zu reparieren.

Bei den Arbeiten wurde der Soldat Barbul durch persönliche Unvorsichtigkeit verletzt. Nachdem er mit einem Armbruch in ein Krankenhaus von Mariupol eingeliefert worden war, wurden in seinem Blut psychotrope Stoffe gefunden.

Inzwischen sind in der 36. Brigade Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes eingetroffen, um eine Ermittlung durchzuführen.

snanews.de: **30 Festnahmen bei Protesten in Minsk**

Wegen Teilnahme an nicht genehmigten Protesten sind in der weißrussischen Hauptstadt am vergangenen Wochenende 30 Personen festgenommen worden.

„Am vergangenen Wochenende hat die Minsker Polizei 30 Personen wegen Teilnahme an nicht genehmigten Veranstaltungen festgenommen und in Polizeigewahrsam gebracht“, teilte der Pressedienst der Hauptverwaltung für Innere Angelegenheiten der Stadt Minsk in seinem Telegram-Kanal mit.

„Trotz wiederholter Warnungen versammelten sich die Menschen in kleinen Gruppen in verschiedenen Bezirken der Hauptstadt“, so die Mitteilung weiter.

Die Protestteilnehmer hätten sich durch eine „nicht registrierte“ Symbolik erkennen lassen.

„Die aktivsten von ihnen wurden festgenommen“, heißt es.

Nach Angaben des Pressedienstes laufen derzeit Ermittlungen an, um auch weitere aktive Teilnehmer der Proteste zu identifizieren, die nicht festgenommen worden seien. ...



https://cdn.snnews.de/img/07e5/01/12/566436_0:81:3356:1969_1440x0_80_0_0_54a7102ddc722a4378ebb7faf3f38328.jpg

de.rt.com: **Dritter russischer Corona-Impfstoff soll ab März zum Einsatz kommen**

Das dritte russische Corona-Vakzin kann im März in den zivilen Verkehr gelangen. Dies geht aus der Erklärung des stellvertretenden Generaldirektors des Föderalen Wissenschaftszentrums für Forschung und Entwicklung von Immun- und biologischen Produkten hervor.

Der dritte russische Corona-Impfstoff kann im März in den zivilen Verkehr gelangen. Diese Erklärung gab Konstantin Tschernow, der stellvertretende Generaldirektor des Tschumakow-Wissenschaftszentrums für Forschung und Entwicklung von Immun- und biologischen Produkten, ab:

"Unser Corona-Impfstoff kann voraussichtlich im März in den zivilen Verkehr gelangen."

Konstantin Tschernow betonte in einem Interview, dass mehr als 50 verschiedene Proteine im SARS-CoV-2-Genom bereits gefunden sind. Ihm zufolge soll das einen komplexeren Schutz sicherstellen.

Mittlerweile wurde am Montag, dem 18. Januar in Russland die Massenimpfung der gesamten Bevölkerung gestartet. Bisher können russische Bürger nur den Impfstoff Sputnik V injiziert bekommen. Dennoch wird es erwartet, dass bald auch das zweite zugelassene russische Vakzin EpiVacCorona zum Einsatz kommen wird. Der von dem Tschumakow-Wissenschaftszentrums entwickelte Corona-Impfstoff durchläuft derzeit die Phase klinischer Tests.

Im Unterschied zu den zwei früher entwickelten russischen Impfstoffen besteht das Vakzin des Tschumakow-Wissenschaftszentrums aus inaktivierten Coronaviren. Die geschwächten oder abgetöteten Erreger sind außerstande, die Krankheit auszulösen. Trotzdem kann man durch die Impfung gegen aktive Viren immunisiert werden, so die Erwartung.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.01/article/6005507148fbef460f2feb6a.jpg>

Mil-Inr.su: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR A.N. Masejkin

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden in den letzten 24 Stunden **keine Feuerprovokationen** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt. In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationiert der Gegner weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium. Kämpfer der 92. Brigade, die ihre Straflosigkeit verspüren, haben Schützenpanzer in Wohngebieten von Solotoje und am Rand von Troizkoje stationiert.

Die Gruppen der militärisch-zivilen Zusammenarbeit der ukrainischen Streitkräfte, die im Verantwortungsbereich der 92. Brigade arbeiten, haben die örtlichen Einwohner durch Drohungen mit strafrechtlicher Verantwortung für die Veröffentlichung von Informationen über die Stationierung von Technik der Kämpfer in der Ortschaft dazu gezwungen, die Augen vor der Verletzung ihrer Rechte und Freiheiten zu verschließen.

Außer Offizieren der militärisch-zivilen Zusammenarbeit der ukrainischen Streitkräfte setzten auch Vertreter des SBU den **Terror gegen die Zivilbevölkerung, die die Kontaktlinie an den KPP passiert**, fort, um sie in ihrem Interesse anzuwerben. Dabei gehen die Spezialdienste mit Erpressung und Betrug der Bürger, die rechtmäßig die Kontaktlinie überschreiten vor, weil sie ihr Geheimdienstnetz nicht materiell stimulieren wollen. So hat die Volksmiliz über E-Mail eine Information einer Einwohnerin von Sewersk, Swetlana S., erhalten, die mitteilt, dass sie ihre alten Verwandten in der Republik nicht mehr besuchen kann, weil sie von Mitarbeitern des SBU zur Aufklärungstätigkeit gezwungen wurde. Am 23. Dezember wurde die Frau beim Passieren des KPP Staniza Luganska zu einem Gespräch in einem der mobilen Blöcke gerufen, wo ein Mitarbeiter des SBU ihr Smartphone konfiszierte und durch auf dieses ein Foto eines Checkpoints und eines militärischen Objekts der ukrainischen Streitkräfte lud, dass er ihr dann als Beweis für ihre Arbeit für die Aufklärung der LVR vorhielt.

Swetlana bittet darum, sich um ihre Großmutter und ihren Großvater in der LVR zu kümmern.

...

snanews.de: Schneelawine verschüttet bis zu zwölf Menschen in russischem Skiort Dombai

Eine Schneelawine ist am Montag in dem Skigebiet Dombai im russischen Nordkaukasus in der Teilrepublik Karatschai-Tscherkessien abgegangen. Laut dem russischen Notfallministerium sind dabei vier bis zwölf Menschen verschüttet worden.

„Um 13.30 Uhr Moskauer Zeit erhielten wir die Informationen, dass in der Siedlung Dombai

am Berg Mussa-Atschitara eine Lawine auf der Skipiste abgegangen ist. Nach vorläufigen Informationen wurden zwei Buden (Ausleihpunkte für Skiausrüstung) von der Lawine getroffen, ein Café wurde beschädigt“, teilte eine Quelle aus dem Ministerium mit. Nach vorläufigen Angaben könnten sich zum Zeitpunkt des Abgangs der Lawine vier bis zwölf Menschen dort befunden haben. Retter arbeiten jetzt vor Ort. Sechs Menschen seien dem Lawineabgang entkommen, teilte ein Teilnehmer der Suchoperation mit. „Wir suchen da jetzt nach einem“, fügte er hinzu. Das Notfallministerium beabsichtigt jetzt, die Gruppe der Retter am Unfallort in Dombai um mehr als das Dreifache – auf 172 Personen – zu erhöhen. „Derzeit sind mehr als 50 Personen an der Arbeit am Hang des Berges beteiligt. Insgesamt werden 172 Personen an der Suche nach Opfern teilnehmen“, sagte die Quelle.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/01/12/567882_0:27:480:297_1440x0_80_0_0_123a3e90497761928e1d3a3fdfe15bc4.jpg

de.rt.com: **Türkei hofft auf Dialog mit USA über S-400-Krise und die Aufhebung der Sanktionen**

Die Türkei hat mit dem Kauf der russischen S-400 ihre NATO-Partner zutiefst irritiert. Zwar hat sie mit dem Jahreswechsel nun die Führung der NATO-Eingreiftruppen übernommen und erfüllt Bündnisfunktionen. Andererseits stellt der S-400-Kauf die Beziehungen auf eine Zerreißprobe.

Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu erneuerte am Freitag das Angebot der Türkei, eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit den USA zu bilden, um die technischen Aspekte des Kaufs des russischen Luftabwehrsystems S-400 zu prüfen, sobald der designierte US-amerikanische Präsident Joe Biden sein Amt antritt.

Auf dem Rückflug aus Pakistan erklärte er den Journalisten:

"Wir werden ernsthafte Anstrengungen zur Verbesserung unserer Beziehung unternehmen. Dasselbe erwarten wir von der Biden-Administration."

Im Dezember wurden in Washington, D.C. die seit langer Zeit auf Grund des Kaufs der russischen Luftabwehrsystems S-400 angedrohten und erwarteten Sanktionen gegen Ankara erlassen – eine Entscheidung, die die Türkei als einen "schweren Fehler" bezeichnet. Zuvor war die Türkei als NATO-Verbündeter bereits von dem zuvor gemeinsam betriebenen F-35-Kampffjet-Programm ausgeschlossen worden.

In Washington wird behauptet, die S-400 seien eine Bedrohung für die F-35-Kampffjets und sie seien "inkompatibel" mit dem Verteidigungssystem der NATO.

Die Türkei weist das zurück. Sie erklärte, die S-400 würden nicht in die NATO integriert werden und bot die Bildung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe an, um die widerstreitenden

Positionen zu klären.

Ankara: "S-400 keine Wahl, sondern Notwendigkeit"

Der Kauf der S-400 sei weniger aus einer Wahl, sondern aus Notwendigkeit erfolgt, weil die Türkei keine Raketenabwehrsysteme von anderen NATO-Verbündeten unter befriedigenden Bedingungen beschaffen konnte, so die unveränderte Position in Ankara.

Präsident Recep Tayyip Erdoğan sagte am Freitag, er hoffe, dass Washington nach der Amtsübernahme durch Biden bezüglich der F-35-Kampffjets auf die Türkei zugehen werde. Bereits am Mittwoch hatte der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar erklärt: "Wir sind offen von der Notwendigkeit eines Dialogs überzeugt, weil ohne Dialog und mit der Entscheidung wie der Auferlegung von Sanktionen und Ausweitung von Drohungen kein Ergebnis erzielt werden kann."

Akar bekräftigte erneut, die Türkei stehe in einer Verhandlungsphase mit Russland, in der über den Erwerb einer zweiten S-400-Charge gesprochen werde. Er hoffe "auf die Rücknahme der US-Sanktionen" und drückte seinen "Optimismus (aus), dass Ankara in Zukunft in den Produktionsprozess der F-35 zurückkehrt."

Zweite S-400-Lieferung und gemeinsame Produktion in Aussicht

Die russische Agentur Interfax meldete, dass die Türkei und Russland bei der Vorbereitung eines Treffens Ende Januar seien, in dem unter anderem die neue S-400-Lieferung besprochen werden solle. Es werde damit gerechnet, dass der Kauf der zweiten Serie im April unter Dach und Fach sein wird.

Russland und die Türkei wollen dann die gemeinsame Produktion der S-400 und den entsprechenden Technologietransfer an die Türkei in Angriff nehmen, sagte der Direktor der Türkischen Verteidigungsindustrie Ismail Demir in den Defense News.

Der Kauf des russischen S-400-Systems durch die Türkei wird weiterhin eine Herausforderung für die US-Administration oder für Joe Biden als Präsident nach seinem Amtsantritt bleiben. Es wird erwartet, dass Biden eine unnachgiebige Haltung gegenüber Erdoğan einnimmt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.01/article/6005745cb480cc24e774ce89.jpg>

Mil-Inr.info: Erklärung eines Vertreters der Volksmiliz der LVR

Heute wurde dank kollektiver Anstrengungen von Funktionsträgern der Volksmiliz, gesellschaftlichen Aktivisten und der Verwaltung der Republik die Leiche eines Soldaten der Volksmiliz in die Heimat zurückgegeben.

Am 15. Januar wurden schlechte Wetterbedingungen in Richtung Debalzewo zur Ursache eines tragischen Vorfalls mit einem Verteidiger der Lugansker Volksrepublik.

Bei der Rückkehr von den Kampfpositionen unter Bedingungen schlechter Sicht kam ein

Soldat einer der Einheiten der Volksmiliz vom Weg ab und geriet in den Raum zwischen den Positionen im Gebiet von Luganskoje, wo er kaltblütig von ukrainischen Straftruppen der 59. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte erschossen wurde.

Die ukrainischen Provokateure haben schon traditionsgemäß die Volksmiliz der LVR des Todes des Soldaten beschuldigt.

Dieser Fall demonstriert klar die Prinzipienlosigkeit, Unmenschlichkeit und Brutalität der ukrainischen Kämpfer in der Zone der Operation der Besatzungskräfte.

Die Staatsanwaltschaft der LVR führt eine sorgfältige Ermittlung aller Umstände des Verschwindens und des Tods des Soldaten durch, vorläufige Ergebnisse werden nach der Obduktion bekannt gegeben.

Wir merken an, dass als der Soldat der 14. Brigade der der ukrainischen Streitkräfte Pupko auf die Positionen der Volksmiliz kam, der sich unter Drogeneinfluss befand und ernsthafte Erfrierungen an den Beinen hatte, dieser qualifiziert ärztlich behandelt wurde und er auf dem Territorium der Republik angemessen untergebracht wurde, danach wurde er der ukrainischen Seite übergeben.

Wir wenden uns an die internationalen Beobachter der OSZE und der UNO, dass sie eine objektive Bewertung der unmenschlichen Handlungen der ukrainischen Streitkräfte abgeben, die die Normen der Moral und des humanitären Rechts verletzen.

snanews.de: Nawalny zu 30 Tagen Haft verurteilt

Der Kremlkritiker Alexej Nawalny ist nach seiner Rückkehr aus Deutschland von einem russischen Gericht zu 30 Tagen Haft verurteilt worden.

„Alexej Nawalny wird 30 Tage lang, bis zum 15. Februar 2021, in Haft bleiben“, schrieb sein Anwalt Wadim Kobsew auf Twitter.

Der 44-Jährige habe gegen Meldeauflagen nach einem früheren Strafprozess verstoßen, hieß es am Montag. Bis zur Entscheidung des Gerichts wird Nawalny Angaben zufolge in Untersuchungshaft bleiben. Der Prozess ist für den 29. Januar geplant. Das Gericht wird entscheiden, ob seine Bewährungsstrafe in eine Freiheitsstrafe geändert wird.

Der Oppositionsführer kritisierte das Verfahren als politische Inszenierung mit dem Ziel, ihn zum Schweigen zu bringen.

Zuvor war Nawalny gleich nach seiner Rückkehr aus Deutschland am Moskauer Flughafen Scheremetjewo festgenommen und in eine Polizeiwache im Moskauer Vorort Chimki gebracht worden. ...



https://cdn.snnews.de/img/07e5/01/12/568019_0:160:3072:1888_1440x0_80_0_0_b00d67f3b5947e810150a53da8a8b5a7.jpg

snanews.de: US-Kapitol wegen externer Bedrohung abgeriegelt

In Washington ist der Sitz des US-Kongresses, das Kapitol, am Montag wegen einer externen Bedrohung der Sicherheit abgeriegelt worden. Dies berichtet die Nachrichtenagentur Reuters. Bei einer Obdachlosenunterkunft in der Nähe des Kapitols ist ein Feuer ausgebrochen. Es gibt laut der Washingtoner Feuerwehr keine Opfer.

Eine Gefahr für die Öffentlichkeit habe nicht bestanden, der kleine Brand sei gelöscht worden, teilte der Secret Service am Montag auf Twitter mit. Nach Angaben der Polizei gab es auf dem Gelände des Kapitols selbst kein Feuer.

Das Kapitol dürfe weder betreten noch verlassen werden.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass bis zu 25.000 Nationalgardisten aus dem ganzen Land bei der Amtseinführung des neuen US-Präsidenten Joe Biden am 20. Januar für Sicherheit sorgen würden. Neben der großen Zahl von Nationalgardisten bereitet sich die Stadt mit weiteren Maßnahmen auf die Amtseinführung von Biden vor – es sind Zäune, Betonsperren und leere Straßen zu beobachten. Das Weiße Haus und das Kapitol sind eingezäunt und mit Betonsperren versehen. Laut Reportern vor Ort sind zahlreiche Büros und Geschäfte sowie einige Metrostationen geschlossen. Auch viel Militärtechnik ist zu beobachten.

Dnronline.ru: Heute fand auf Initiative der gesellschaftlichen Kammer der DVR in Donezk eine öffentliche Anhörung zum Gesetzesentwurf Nr. 204-KD „Arbeitsrechtskodex der Donezker Volksrepublik statt.

An der Anhörung nahmen Vertreter der Regierung der DVR, von Ministerien und Behörden und des Jugendparlaments der DVR teil.

„Der Arbeitsrechtskodex ist die Grundlage der Arbeitsgesetzgebung jedes Staates, er enthält die Rechte und Pflichten des Arbeiters und des Arbeitgeber, den Schutz der Arbeitsrechte und gesetzlichen Interessen des Arbeiters durch Gewerkschaften, Arbeitsschutz, grundlegende staatliche Garantien für Lohnzahlungen und vieles mehr.

Heute haben die Erarbeiter des Gesetzes gesprochen – Vertreter des Komitees des Volkssowjets der DVR zur Sozial- und Wohnungspolitik. Unsere Gesetzgebung wird mit der Gesetzgebung der RF integriert und der Entwurf ist analog zum Arbeitsrechtskodex der RF“, erläuterte die stellvertretende Vorsitzende der gesellschaftlichen Kammer Jekaterina Martjanowa.

Die Vorsitzende des Komitees des Volkssowjets für Sozial- und Wohnungspolitik Julija Krjukowa fügte hinzu: „Der Arbeitsrechtskodex wird den Arbeitsrechtskodex der Ukraine ersetzen, der 30 Jahre gültig war. In der derzeitigen politischen Situation der Republik ist das sehr wichtig, weil der ukrainische Arbeitsrechtskodex nur auf die Arbeit in Einrichtungen in staatlichem Eigentum ausgerichtet war. Der Arbeitsrechtskodex erweitert die Vollmachten anderer Personen, darunter der Unternehmer. Er enthält 14 Teile, 68 Kapitel und 479 Paragraphen“, erklärte Julija Krjukowa.

Sie wies auch darauf hin, dass der Paragraph, der die materielle Verantwortlichkeit des Arbeitgebers für Rückstände bei Lohnzahlungen vorsieht, sehr wichtig ist. Der Entwurf des Kodex sieht vor, dass im Fall des Verstoßes gegen die festgelegte Frist zur Auszahlung des Lohn, der Urlaubsvergütung, für Zahlungen bei Ausscheiden und andere Zahlungen, die dem Arbeiter zustehen, durch den Arbeitgeber, eine finanzielle Kompensation im Ausmaß von mindestens einem Fünfzigstel ... der nicht gezahlten Summe für jeden Tag der Verzögerung zu zahlen sind.

Die stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation der DVR Jelena Moltschanowa merkte an, dass die Gewerkschaften der DVR aktiv an der Erarbeitung des Entwurfes beteiligt waren.

Die Anhörung verlief im Format Frage – Antwort, sie betraf die Arbeit der Gewerkschaften, Löhne und Arbeitssicherheit, Sozialpartnerschaft und weiteres. Die während der Erörterung vorgebrachten Vorschläge werden durch die gesellschaftliche Kammer zusammengefasst und dem Volkssowjet übergeben.

sputnik.by: **IIHF entzog Minsk das Recht, die Eishockey-Weltmeisterschaft auszurichten**

Die Eishockey-Weltmeisterschaft vom 21. Mai bis 6. Juni sollte von Minsk und Riga ausgetragen werden, wo sie schließlich stattfinden wird, steht noch nicht fest.

Minsk wird dieses Jahr nicht Gastgeber der Eishockey-Weltmeisterschaft sein, erklärte der Internationale Eishockey-Verband (IIHF) am Montag.

Heute fand eine Sitzung des Rates der International Ice Hockey Federation (IIHF) statt, auf der die Zukunft der Weltmeisterschaft 2021 erörtert wurde. Dabei wurde beschlossen, die Minsk die Weltmeisterschaften zu entziehen.

Dem Bericht zufolge geschah dies aufgrund von Sicherheitsproblemen im Zusammenhang mit der Pandemie. Der IIHF-Rat habe diese Entscheidung getroffen, da die Internationale Föderation für alle Teilnehmer an der Meisterschaft verantwortlich sei. Es wird darauf hingewiesen, dass es in Belarus auch Sicherheitsprobleme im Zusammenhang mit der politischen Situation in der Republik gebe.

„Der IIHF-Rat hat festgestellt, dass es derzeit unmöglich ist, das Wohlergehen von Mannschaften, Zuschauern und Offiziellen während der Weltmeisterschaft in Belarus zu gewährleisten“, heißt es in der Erklärung.

Wo die Spiele stattfinden werden, ist noch nicht festgelegt. Da der Antrag für die Weltmeisterschaft jedoch gemeinsam von Belarus und Lettland eingereicht wurde, wird der Status von Riga als Mitorganisator nun vom IIHF-Rat geprüft. Die Möglichkeit, die Meisterschaft in einer Stadt auszurichten, wird geprüft, um die Sicherheitsregeln im Zusammenhang mit der Pandemie zu vereinfachen.

Was der FHB dazu sagt

Der Pressedienst des belarussischen Eishockeyverbandes war noch nicht zu einer Stellungnahme bereit.

„Während wir die Details der getroffenen Entscheidung klären, wird der belarussische Eishockeyverband diese Entscheidung etwas später kommentieren“, teilte der Verband gegenüber Sputnik mit.

Die Eishockey-Weltmeisterschaft sollten von Mai bis Juni 2021 in Minsk und Riga stattfinden. Die lettischen Behörden lehnten jedoch aufgrund der politischen Lage in der Republik ein gemeinsames Turnier mit Belarus ab. In der belarussischen Hauptstadt erklärten man die volle Bereitschaft, selbst die Weltmeisterschaften auszurichten, wenn sich die lettische Hauptstadt weigert, sie gemeinsam zu organisieren.



<https://cdn11.img.sputnik.by/images/103798/19/1037981956.jpg>

abends:

de.rt.com: Peking verhängt Sanktionen gegen US-Beamte wegen Taiwan

Ein Leitmotiv der Amtszeit des scheidenden US-Präsidenten Donald Trump ist der verschärfte Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China. Peking kontert nun neueste antichinesische Schritte der scheidenden US-Regierung mit Sanktionen.

Die chinesische Regierung hat erklärt, dass sie Sanktionen gegen US-Beamte für "schlechtes Verhalten" in Bezug auf Taiwan verhängen wird, und dass sie die "Politik der verbrannten Erde" der Regierung des scheidenden US-Präsidenten Donald Trump bedauert, die Hindernisse für die neue Regierung unter Joe Biden schaffe.

Am Montag forderte die Sprecherin des Außenministeriums, Hua Chunying, die Vereinigten Staaten auf, ihr "unrechtmäßiges" Verhalten gegenüber China sofort einzustellen. Sie verwies dabei auf die Einschüchterung chinesischer Unternehmen durch die USA sowie die US-amerikanische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas.

"China hat beschlossen, Sanktionen gegen die verantwortlichen US-Beamten zu verhängen, die sich in der Taiwan-Frage schlecht verhalten haben", verkündete Hua und forderte Washington auf, seine "unverhohlenen Einmischungen" auch in Hongkong zu beenden.

Die Sprecherin des Außenministeriums erklärte, dass die Regierung von Donald Trump absichtlich Hindernisse für die kommende Regierung Joe Bidens schaffe.

"Die derzeitige US-Regierung setzt derzeit die 'Politik der verbrannten Erde' um und ist damit beschäftigt, jede Brücke zu verbrennen, um das kommende Amt zu behindern und Hindernisse für die neue US-Regierung zu schaffen. Ich denke, jeder sieht das sehr deutlich."

Hua bekräftigte, dass China weiterhin Maßnahmen ergreifen werde, um die legitimen Rechte und Interessen chinesischer Unternehmen zu schützen, und weitere Sanktionen gegen US-Amerikaner einführen werde, die sich in Chinas innere Angelegenheiten einmischen.

Anfang Januar hob US-Außenminister Mike Pompeo alle "selbst auferlegten Beschränkungen" in den Beziehungen Washingtons zu Taiwan auf, was der zukünftigen Regierung des designierten Präsidenten Joe Biden wahrscheinlich weitere China-Kopfschmerzen bereiten wird.

In den letzten Monaten haben die USA zahlreiche antichinesische Sanktionen verhängt, chinesische Unternehmen auf eine schwarze Liste gesetzt und sich nach Pekings Meinung in seine inneren Interessen eingemischt, vor allem in Bezug auf Hongkong, Taiwan, Xinjiang und im Südchinesischen Meer. Peking hat die USA wiederholt aufgefordert, dies zu unterlassen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.01/article/6005b80048fbef412e71c6f2.jpg>

snanews.de: Nord Stream 2: USA wollen Sanktionen gegen Verlegeschiff „Fortuna“ verhängen – Medien

Die US-Regierung will nach Angaben der Zeitung „Handelsblatt“ am folgenden Dienstag Sanktionen gegen das russische Verlegeschiff „Fortuna“ und ihren Eigner, die russische Firma KVT-RUS, verhängen.

Washington habe die deutsche Bundesregierung sowie andere europäische Partner am heutigen Montag darüber informiert, heißt es in einem „Handelsblatt“-Bericht. Grundlage für die Entscheidung sei das US-Sanktionsgesetz CAATSA, kurz für „Countering America’s Adversaries Through Sanctions Act“.

„Wir werden weiterhin alle notwendigen und angemessenen Schritte unternehmen, um Nord Stream 2 zu verhindern“, zitiert das „Handelsblatt“ einen Sprecher der US-Botschaft.

Die US-Regierung hoffe, dass „Deutschland seine Position zur Nord-Stream-2-Pipeline überdenkt“, heißt es. Deutschland halte die Sanktionen seinerseits für „illegal“.

Wie sich die Sanktionen gegen das Verlegeschiff „Fortuna“ auswirken würden, sei unklar. Der Eigner des Schiffs, das russische Unternehmen KVT-RUS, dürfte dem Bericht zufolge den Zugang zum US-Finanzsystem und zum nordamerikanischen Markt verlieren. ...



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/18/279935_0:67:3398:1978_1440x0_80_0_0_63f4b3ce49c6aead0792e89cc644a361.jpg

de.rt.com: Nord Stream 2: Widerspruch setzt Baugenehmigung vorerst außer Kraft

Die erst kürzlich erteilte Genehmigung für den Weiterbau der Gaspipeline Nord Stream 2 in deutschen Gewässern ist vorerst außer Kraft. Zwei Umweltverbände hätten gegen den Entscheid Widerspruch eingelegt, erklärte das zuständige Bundesamt am Montag.

Umweltverbände haben Widerspruch gegen eine Entscheidung des zuständigen Bundesamtes eingelegt, nach der die Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 früher weitergebaut werden darf.

Von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und dem Naturschutzbund Deutschland (Nabu) seien entsprechende E-Mails eingegangen, bestätigte das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) am Montag. Damit ist die Genehmigung, die für deutsche Gewässer gilt, vorerst außer Kraft.

Am Freitag hatte das BSH einen sofortigen Weiterbau der Pipeline in deutschen Gewässern erlaubt. Die bisherige Genehmigung hätte Arbeiten normalerweise erst wieder ab Ende Mai zugelassen. Der DUH und der Nabu hatten umgehend Widerstand angekündigt.